



An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, den 10.03.2017

**Antrag:**

**Armutslöhne bei der Städtisches Klinikum München GmbH (StKM) verhindern**

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Der Stadtrat lehnt alle Überlegungen ab, bei der StKM Arbeitsverhältnisse einzuführen, die angesichts der hohen Münchner Mieten direkt in die Armut führen. Auch in Zukunft soll im Bereich Verpflegung und im Bereich Logistik der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes angewendet werden.
- 2) Deshalb lehnt der Stadtrat die Gründung von Servicegesellschaften als Töchter der StKM ab. Die Bereiche Verpflegung und Logistik bleiben Bestandteil der StKM.

**Begründung:**

Da die Einführung eines Sanierungstarifvertrags bei der StKM am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert ist, versucht die Geschäftsführung nun, die Bereiche Verpflegung und Logistik in Servicegesellschaften auszugliedern. Explizites Ziel ist es dabei, in diesen Bereichen ein **Arbeitgeberbrutto** zwischen 21.000 € und 26.000 € pro Jahr zu erreichen. Bei einem Arbeitgeberbrutto von 26.000 € würden die betroffenen Beschäftigten damit etwa 1700 € Brutto im Monat verdienen – das wäre ein Stundenlohn von zirka 10 €. Bei den Münchner Mieten sind dies Armutslöhne – viele der künftigen Beschäftigten müssten aufstockendes ALG II beantragen – trotz einer Vollzeit Arbeitsstelle.

Für die Jahre 2018 bis 2022 soll dies für die StKM zu Einsparungen im niedrigen einstelligen Millionenbereich führen. Es ist unanständig, dass sich die hochbezahlte Geschäftsleitung der StKM damit beschäftigt, diesen Betrag bei den Arbeitslöhnen einzusparen, mit denen man auch schon jetzt nur schwer über die Runden kommt. Statt dessen sollte sich die Geschäftsleitung auf die Verbesserung der innerklinischen Abläufe und das umfangreiche Bauprogramm konzentrieren.

Das Grundproblem der städtischen Kliniken, die strukturelle Unterfinanzierung der Notaufnahmen und der Altersmedizin kann nicht dadurch aufgefangen werden, dass ein Teil der (künftigen) Beschäftigten gezwungen wird, zu Armutslöhnen zu arbeiten.

**Brigitte Wolf (DIE LINKE)**

**Cetin Oraner (DIE LINKE)**